

Alexij II. beim SPIEGEL-Gespräch*: „Dank Perestroika können wir den Staat kritisieren"

„Grund für Reue und Buße"

Patriarch Alexij II. über die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche bei der Erneuerung der Sowjetunion

SPIEGEL: Eure Heiligkeit, die Russisch-Orthodoxe Kirche gilt inzwischen für viele als die einzige Institution, welche die nationalen Traditionen, die geistigen und moralischen Werte Rußlands bewahrt hat. Kann sie diesen Heilserwartungen gerecht werden?

ALEXIJ II.: Unser Land ist heute in der Tat auf der Suche nach geistigen und moralischen Grundwerten, und wir sind bereit, der Gesellschaft unsere Wertvorstellungen zu vermitteln. Das ist Verpflichtung und Herausforderung zugleich. 73 Jahre nach der Oktoberrevolution ist deutlich geworden, daß das Rezept, die Welt erst zu zerstören und dann neu aufzubauen, grundfalsch war. Ohne historische Erfahrungen kann Zukunft nicht gestaltet werden.

SPIEGEL: Was hat die Perestroika in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat konkret verändert?

ALEXIJ II.: In den ersten Perestroika-Jahren habe ich einmal öffentlich gesagt, daß wir als Menschen zweiter Klasse behandelt würden. Viele haben daraufhin geschrieben: Schön wär's, wenn nur zweiter Klasse. Heute dagegen sind Gläubige wie Priester wirklich gleichberechtigte Bürger. Das RSFSR-Gesetz über Gewissens- und Konfessionsfreiheit gibt unseren Gemeinden, Klöstern, geistlichen Seminaren, den Eparchien alle Rechte juristischer Personen. Jetzt kann die Kirche, wenn sie sich vom Staat ungerecht behandelt fühlt, endlich vor Gericht gehen.

SPIEGEL: Aber die Schulen sind Ihnen einstweilen noch versperrt.

ALEXIJ II.: Das Gesetz verbietet den Religionsunterricht zwar nicht ausdrücklich, enthält aber trotz eines entsprechenden Antrags von uns auch keine generelle Genehmigung. Hier konnten die Abgeordneten ihre Hemmungen einfach noch nicht überwinden.

SPIEGEL: Wären Sie denn in der Lage, in die ideologische Lücke zu springen?

ALEXIJ II.: Wir sind bereit, wären aber im Moment damit überfordert. Allein in Moskau gibt es 1286 Schulen. So viele Religionslehrer haben wir noch nicht.

SPIEGEL: Was hält die Kirche von Marktwirtschaft, Konsumideologie und

Alexej M. Ridiger

galt als Mann der Mitte, als er nach dem Tode seines Vorgängers Pimen vor einem Jahr zum Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche gewählt wurde und als Patriarch von Moskau und ganz Rußland den Namen Alexij II. annahm. 1929 in Tallinn als Sohn eines nach Estland emigrierten Popen geboren, gab sich der promovierte Theologe einerseits als loyaler Konservativer, andererseits unterstützte er Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung und forderte öffentlich die Rückgabe von verstaatlichtem Kirchenbesitz. Von seiner Amtsautorität macht der Patriarch zunehmend politischen Gebrauch. Die Moskauer Machtdemonstration im Baltikum Anfang dieses Jahres verurteilte Alexij II.: „Die Anwendung von militärischer Gewalt in Litauen war eine Sünde." Er war der erste Kirchenvertreter, der Russenpräsident Jelzin öffentlich gratulierte.

* Mit Redakteur Jörg R. Mettke und Mitarbeiter Andrej Batrak.

den damit verbundenen Versprechungen der Reformpolitiker?

ALEXIJ II.: So neu ist Marktwirtschaft für uns ja nicht. Aber bei dieser Rückkehr zu Marktverhältnissen müssen wir darauf achten, daß Seelen und Schicksale nicht niedergewalzt werden. Wir werden uns stärker um den sozialen Schutz bemühen, aber auch das überfordert uns gegenwärtig noch. Hunderte von Kirchen und Dutzende von Klöstern bekommen wir jetzt in einem verheerenden Zustand vom Staat zurück. Sie müssen restauriert werden; auch das zu neuen Preisen, unter Marktbedingungen.

SPIEGEL: Woher nehmen Sie die Mittel?

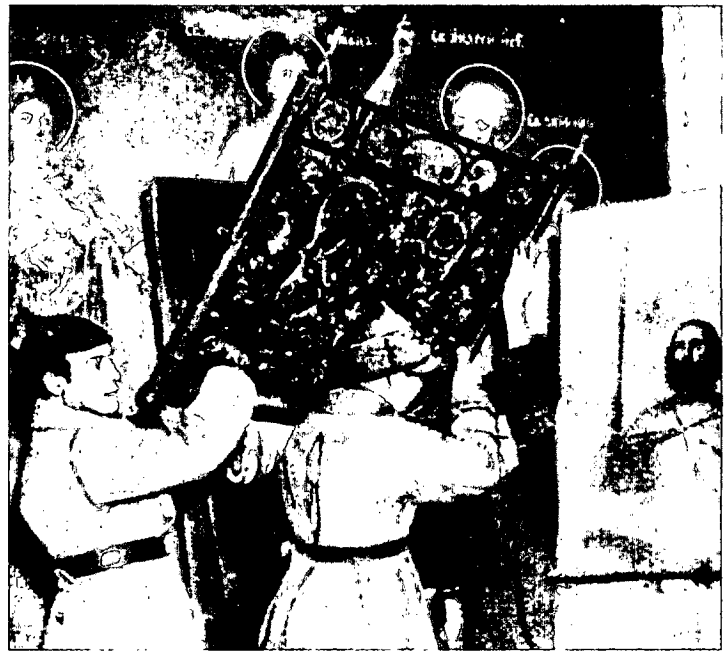
ALEXIJ II.: Da unsere Kirche weder über gewinnbringende Unternehmen noch über Steuereinnahmen verfügt, leben wir allein von den Spenden unserer Gläubigen. Davon müssen wir heute, wo ein großer Teil der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gesunken und unser Wirtschaftssystem aus den Fugen geraten ist, das wieder aufbauen, was in Jahrhunderten geschaffen und in Jahrzehnten zerstört wurde.

SPIEGEL: Hätten Sie gern Unterstützung vom Staat?

ALEXIJ II.: Gäbe es solche Hilfe, würden wir gern darauf zurückgreifen. Sehr willkommen wäre uns auch finanzielle Hilfe von Christen aus dem Westen – wenigstens für die Rettung besonders wertvoller Kirchenbauten.

SPIEGEL: Vor einem Jahr, bei Ihrer Inthronisation, haben Sie das kirchliche Gelöbnis der Staatstreue, das Metropolit Sergij 1927 ablegte, nicht erwähnt. Keiner Ihrer Vorgänger während der Sowjetzeit hat diese Unterlassung gewagt. Was war der Sinn dieser politischen Demonstration?

ALEXIJ II.: Die Deklaration stammt aus einer Zeit, als die Existenz der Kirche auf dem Spiel stand und es darum ging, sie zu retten. Viele Klassen und Schichten waren damals gezielten Repressalien ausgesetzt – Wissenschaftler, Militärs, Intelligenz, Adel und sogar die Bolschewiki selbst. Die Kirche aber sollte total vernichtet werden. Die Geistlichen galten laut Gesetz als Konterrevolutionäre.



Rotarmisten beim Plündern des Simonow-Klosters
„Rechtlos und erniedrigend"

SPIEGEL: . . . und mußten wählen zwischen Martyrium und Anpassung.

ALEXIJ II.: Metropolit Sergij hat nur gesagt, die Kirche sei kein politischer Gegner des Staates. Wortwörtlich heißt es in seiner Deklaration: „Wir wollen orthodox bleiben und die Sowjetunion als unsere Heimat empfinden, deren Freuden und Erfolge unsere Freuden und Erfolge sind und deren Leid unser Leid ist." Es ging nicht



Russisch-orthodoxer Gottesdienst in Kiew: „Heute sind wir gleichberechtigte Bürger"



Demonstration von Katholiken in Moskau: „Wir müssen eine Missionierung befürchten"



Katholiken in Lwow*: „Friedliche Koexistenz tut not"

um den atheistischen Staat; es ging um die Heimat.

SPIEGEL: Hat diese Deklaration für Sie heute jegliche Bedeutung verloren?

ALEXIJ II.: Jetzt sind wir unabhängig und müssen unsere Loyalität gegenüber dem Staat nicht mehr beteuern. Die Stellung der Kirche in der Zeit der Deklaration des Metropoliten Sergij und danach war rechtlos und erniedrigend. Dank Perestroika können wir nun den Staat kritisieren, wenn es sein muß.

* 1989 beim ersten katholischen Gottesdienst seit 1946.

SPIEGEL: Der Zustand und die Zukunft Rußlands wie der Union – gibt Ihnen das Anlaß zur Kritik?

ALEXIJ II.: Es war ein Fehler, daß die Zentrale den Republiken ihren Willen bei Mißachtung ihrer nationalen Interessen aufgezwungen hat. Die Zukunft kann nur einer Föderation souveräner Staaten gehören. Doch es muß Übergangsfristen geben für jene Republiken, die nicht in der Union bleiben wollen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind zu stark, die menschlichen Bande zu eng.

SPIEGEL: In der russischen Geschichte gab es immer wieder Perioden der Öffnung gegenüber Westeuropa – und massiven kirchlichen Widerstand dagegen. Findet die gegenwärtige Neigung in Rußland, sich erneut am Westen zu orientieren, von Musik und Kleidung bis zu Wirtschaftsmodellen und politischen Konzeptionen, den Beifall Ihrer Kirche?

ALEXIJ II.: Leider dringt edles und wahrhaft europäisches Gedankengut am langsamsten zu uns vor. Ein westlicher Sowjetologe hat unlängst gesagt, die Sowjetunion habe wohl die Hähne verwechselt und sich statt an die lebenspendende Wasserleitung an die westliche Kanalisation angeschlossen.

SPIEGEL: Der Westen als moralische Kloake, das war lange Zeit ein kommunistisches Stereotyp.

ALEXIJ II.: Die Subkultur des Rock, Drogen, eine durch Medien geprägte oberflächliche Haltung – sollte das für uns erstrebenswert sein? Die zur Zeit stattfindende Verwestlichung der sowjetischen Lebensweise hat wenig mit Humanisierung und Christianisierung zu tun. Wie alle Versuche, einen Durchbruch nach Europa zu schaffen, die von Peter dem Großen inspiriert und später von den Marxisten in den Jahren der Revolution noch einmal praktiziert wurden, ist auch der heutige bei einigen mit Abscheu gegen alles National-Historische gepaart. Vielleicht gehören dieser Radikalismus und der historische Nihilismus zu unserer nationalen Mentalität. Aber viele empfinden solche Tendenzen als außerordentlich negativ.

SPIEGEL: Doch häufig nur deshalb, weil Konservativen von links wie von rechts der Abschied vom Großmachtdenken so schwerfällt.

ALEXIJ II.: Das ist ein zweiter wesentlicher Grund: In einer integrierten Wirtschaft des vereinten Europa könnte unserem Land leicht die Rolle eines billigen Rohstofflieferanten und einer Deponie für umweltschädliche Technologien zugewiesen werden. Wer kann denn zur Zeit sicher sein, daß Rußland im Westen wirklich als gleichberechtigter Partner betrachtet wird? Als Christ wie als Patriarch stelle ich fest: In dem Maße, in dem der Westen seiner christlichen Bestimmung treu bleibt, werden auch wir russische Christen für eine Annäherung zum Westen offen sein.

SPIEGEL: Gibt es gleichwohl nicht in Ihrer Kirche viele Verfechter einer Politik der geschlossenen Türen und Fenster, die alle Kontakte zum Westen am liebsten unterbinden würden?

ALEXIJ II.: Die gibt es. Vor allem aber ist es die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland, die eine Einstellung aller ökumenischen Kontakte zu einer Hauptbedingung für den Dialog mit uns macht. Doch in der säkularisierten Welt von heute muß man wissen, was man will: Dialoge am Runden Tisch oder wieder Kreuzzüge.

SPIEGEL: Die orthodoxe Exil-Kirche scheint noch nicht zu glauben, daß der Moskauer Patriarch nicht mehr von der Sowjetmacht gegängelt wird. Sie fordert Reuebekundungen von Ihnen.

ALEXIJ II.: Jetzt ist nicht die Zeit für gegenseitige Beschuldigungen. Wir könnten der Russischen Kirche im Ausland auch manches vorwerfen: die Zusammenarbeit mit dem Hitler-Regime, die Gebete für einen deutschen Sieg über die Sowjetunion, die Botschaft an US-Präsident Johnson mit Siegeswünschen für den Krieg in Vietnam.

SPIEGEL: Viele Priester wollen sich politisch betätigen und bescheinigen auch der Kirche erheblichen Reformbedarf.

ALEXIJ II.: Wir raten unseren Geistlichen von Parteibindungen ab. Jene Reformen, die der Westen vorexerziert, braucht unsere Kirche nicht. Wir haben die letzten 73 sehr schweren Jahre nur überleben können, weil wir traditionstreu geblieben sind. Das schließt nicht aus, daß wir neue Dienstformen praktizieren – also das, was im Westen als soziale Diakonie gilt: religiöse Unterweisung der Bevölkerung, Seelsorge in Krankenhäusern, Altersheimen und Strafanstalten. Das war uns bisher verboten.

SPIEGEL: In der Ukraine streiten Sie sich mit zwei Kirchen, die sich Ihnen nicht beugen möchten: den Unierten und den Ukrainischen Orthodoxen Autokephalen. Es kommt vor Gotteshäusern sogar zu Blutvergießen.

ALEXIJ II.: Wir halten an unserer Übereinkunft mit Rom fest: Eine Kommission von Vertretern des Vatikan, unserer Kirche, der uns verbundenen Ukrainischen Orthodoxen Kirche und der Unierten soll in jedem Einzelfall entscheiden, ob sich eine Gemeinde zur katholischen oder orthodoxen Kirche bekennt. Es kann doch nicht angehen, daß heute alle Gläubigen automatisch zu den Unierten getrieben werden.

SPIEGEL: Aber die Unierten in der Ukraine waren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gefragt worden, ob sie der Orthodoxie zugehören wollten.

ALEXIJ II.: Die Wiedervereinigung mit der Russisch-Orthodoxen Kirche ist 1946 auf einem großen griechisch-katholischen Konzil in Lwow beschlossen worden – zwar nicht ohne Druck von außen, aber doch auch auf Wunsch vieler Unierter. In den zurückliegenden 50 Jahren haben zwei Generationen von Gläubigen ihre christliche Zurüstung durch uns empfangen. Deshalb soll das Gotteshaus jeweils der Mehrheit gehören, die zugleich garantiert, daß die Minderheit ihren Gottesdienst nicht unter freiem Himmel abhalten muß.

SPIEGEL: Wie entwickeln sich Ihre Beziehungen zum Vatikan?

ALEXIJ II.: Wir halten uns an das alte christliche Prinzip „Eine Stadt – ein Bischof". Von hohen Würdenträgern der Römisch-Katholischen Kirche ist mir versichert worden, die über tausendjährige Russisch-Orthodoxe Kirche trage allein die Verantwortung für Erhaltung und Verbreitung des Glaubens innerhalb der russischen Grenzen. Vor der Revolution war der Metropolit von Mogiljow als einziger für die Betreuung aller im Lande lebenden Katholiken zuständig.

SPIEGEL: Und nun droht mehr Konkurrenz?

ALEXIJ II.: Der Papst hat inzwischen Erzbischöfe sowohl für Moskau als auch für Nowosibirsk und Karaganda ernannt, obwohl etwa für die 200 in Nowosibirsk lebenden Katholiken eine Pfarrgemeinde ausreichen würde. Wir müssen befürchten, daß mit der Errichtung von Bischofsstühlen eine Missionierung unter der russisch-orthodoxen Bevölkerung angestrebt wird. Wenn solche Bekehrungsaktivitäten anhalten, werden die Beziehungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan empfindlich beeinträchtigt.

SPIEGEL: Können Sie sich mit der Ukrainischen Autokephalen Kirche leichter einigen?

ALEXIJ II.: Die ukrainische Nationalkirche ist als Gegengewicht zur Union entstanden, und zwar ebenfalls auf nicht ganz legitimem Weg: Ein Bischof im Ruhestand erklärte sich zu ihrem Oberhaupt. Wir hoffen sehr, daß sich Vernunft und christliches Bewußtsein in den drei Kirchengemeinschaften der Ukraine durchsetzen. Dort tut friedliche Koexistenz not, nicht nationalistische Emotionen und aggressive Konfrontation.



Patriarch Alexij II. mit Präsident Jelzin*: „Wir sind unabhängig"

SPIEGEL: Auch in ihrem Innern droht der Russisch-Orthodoxen Kirche Konfrontation mit reformistischen Splittergruppen wie der „Wahrhaft Orthodoxen Kirche", der „Unabhängigen Orthodoxen Kirche" und der sogenannten Katakombenkirche, die alle vom Patriarchat Reue und Buße fordern.

ALEXIJ II.: Manche Priester behaupten in der Tat, die russische Gesellschaft und unsere Kirche hätten ihre christlichen Werte aufgegeben. Von Parteilichkeit besessen, suchen sie nicht die Wahrheit, sondern den Konflikt.

SPIEGEL: Hat denn die Russisch-Orthodoxe Kirche nach jahrzehntelanger Symbiose mit dem kommunistischen Staat gar nichts zu bereuen?

ALEXIJ II.: Grund für Reue und Buße gibt es immer. Nur sehen wir unsere Fehler nicht dort, wo unsere Kritiker sie

* Bei Jelzins Amtseinführung am 10. Juli.

sehen. Ich stehe seit 41 Jahren im Dienst der Kirche. In dieser Zeit wurden Gläubige nicht mehr erschossen oder verbannt, nur weil sie Gläubige waren. Aber sie wurden vielen Schikanen ausgesetzt. Noch Mitte der siebziger Jahre mußten sich junge Leute, die an einem kirchlichen Seminar studieren wollten, oft tagelang vor der Miliz verstecken. Und nun kommen Leute mit Vorwürfen und mit Reueforderungen, die 73 Jahre in Sicherheit gelebt haben und nicht bereit waren, unser Leid zu teilen.

SPIEGEL: Ist es nicht verständlich, daß die kirchliche Zusammenarbeit mit den Behörden, sogar mit dem KGB, Mißtrauen weckt?

ALEXIJ II.: In Glaubensfragen gab es keine Kompromisse. Aber der staatliche Rat für Angelegenheiten der Religionen hatte bis vor kurzem ein umfassendes Vetorecht. Er konnte jede von uns vorgeschlagene Ernennung ablehnen. Die ganze Personalpolitik unserer Kirche hing praktisch von den Entscheidungen dieses Rates ab. Heute sind wir auch in diesem Punkt unabhängig.

SPIEGEL: Haben Sie wirklich keinen Bedarf an Vergangenheitsbewältigung?

ALEXIJ II.: Das geschieht, aber immer in Verbindung zu den Problemen, mit denen wir es heute zu tun haben. Die Kirche macht einen Erneuerungsprozeß durch, sie hat neuen Generationen und Bevölkerungsschichten gerecht zu werden. Heute lassen sich dreimal so viele Menschen taufen wie noch vor ein paar Jahren. Die Zahl der kirchlichen Trauungen stieg um das Zwanzigfache.

Viele von diesen Menschen haben nie ein Evangelium oder eine Bibel in der Hand gehabt. Die Katechese ist für unsere Kirche eine ungeheure Aufgabe, wenn wir nicht wollen, daß diese Christen nur dem Namen nach Christen bleiben. Wenn in dieser Situation in zwei Kirchen derselben Straße die Priester nicht das Wort Gottes predigen, sondern den Leuten einzureden versuchen: Geht nicht zur Nebenkirche, die ist rot oder die ist weiß – dann haben wir die Spaltung der orthodoxen Familie.

SPIEGEL: Wenn sich heute in Rußland wieder Monarchisten um die Zarenfahne versammeln, sind allemal Geistliche mit dabei. Hoffen Sie, noch einmal einen russischen Zaren krönen zu können?

ALEXIJ II.: Jede Zeit hat die ihr angemessene Regierungsform. Als in Rußland noch vor der Oktoberrevolution die Staats-Duma, eine Art Parlament, eingerichtet wurde, war das bereits ein Schritt weg von der Monarchie. Ich glaube nicht, daß sie im Rußland von heute wiederhergestellt werden könnte . . .

SPIEGEL: . . . und auch nicht sollte?

ALEXIJ II.: Alles liegt in Gottes Händen.

SPIEGEL: Eure Heiligkeit, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Türkei

Schwebender Hammer

Die Regierung in Ankara fürchtet eine kurdische Intifada – und setzt dagegen angeblich auch Killerkommandos ein.

Auf einigen Fliegerhorsten im Südosten des Landes parken die Kampfmaschinen direkt nebeneinander auf der Piste. Nicht nur die Markierungen unterscheiden die Hubschrauber, sondern auch ihr Auftrag. Die einen, mit dem amerikanischen Stern als Hoheitszeichen, sollen die Kurden beschützen; die anderen, mit dem türkischen Halbmond, jagen sie.

Absurdes Schicksal eines Volkes, das über mehrere Länder des Nahen Ostens verstreut ohne staatliche Einheit leben muß: Im Norden des Irak schützt eine multinationale Streitmacht unter Führung der USA und im Auftrag der Vereinten Nationen die Kurden vor den mörderischen Nachstellungen des Diktators Saddam Hussein. Im Südosten der Türkei dagegen werden sie von den Soldaten des Präsidenten und US-Verbündeten Turgut Özal verfolgt – und die Kurden-Schutztruppen der westlichen Welt schauen zu.

So schossen türkische Sicherheitskräfte in Diyarbakir, der Hauptstadt jener Region, in der die Amerikaner und ihre Verbündeten der Operation „Poised Hammer" (Schwebender Hammer) stationiert sind, eine Trauerdemonstration zusammen. Die Behörden gaben 3 Tote und 119 Verletzte zu, Vertreter der Kurden berichten dagegen von mindestens 15 Toten und etwa 500 Verletzten.

Mehr als 30 000 Kurden waren aus allen Teilen Südostanatoliens nach Diyarbakir gekommen, um an der Beisetzung Vedat Aydins teilzunehmen. Der lokale Vorsitzende der von den Sozialdemokraten abgespaltenen Arbeitspartei des Volkes war in der Nacht des 5. Juli von vier Männern abgeholt worden, die sich als Polizisten ausgaben. Drei Tage später wurde sein verstümmelter Leichnam an einer Landstraße gefunden.

Die Mörder des Kurden-Führers werden in den Reihen einer Todesschwadron vermutet, die angeblich von den türkischen Sicherheitskräften zur Guerillabekämpfung aufgestellt worden ist. Ihr Ziel soll es sein, durch gezielten Terror den Wunsch der türkischen Kurden nach mehr Selbstbestimmung zu unterdrücken.

So wurden in den vergangenen Wochen 18 Bombenanschläge auf Häuser, Büros und Autos von Kurden verübt, 18 Menschen kamen unter bislang ungeklärten Umständen ums Leben.

Auch Psychoterror gehört zu den Instrumenten der Killerkommandos. Auf einem Flugblatt wurden die Bewohner eines Hauses in Diyarbakir gewarnt, in dem sich auch das Büro der linksorientierten Zeitschrift *2000'e Dogru* befindet: „Wenn ihr die Hurensöhne nicht rausschmeißt, werden Bombenanschläge dieses Gebäude treffen."

Büros anderer Zeitschriften und die lokale Vertretung des Menschenrechtsvereins wurden von Unbekannten überfallen und verwüstet. Die Zeitungsver-



Kurden-Protest gegen das Massaker von Diyarbakir: „Neue Dimension"